

Tisa Die Freiheit des Geldes

Der geheime Entwurf für das Tisa-Handelsabkommen zeigt: Die Politik betreibt ihre Selbstabschaffung und überlässt das Feld den globalen Märkten. von Slavoj Žižek

DIE ZEIT N° 42/2014 9. Oktober 2014 08:00 Uhr

Am 19. Juni hat WikiLeaks den geheimen Entwurfstext des [Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen](#) (Trade in Services Agreement, Tisa) öffentlich gemacht. Dieses Abkommen betrifft 50 Länder und einen Großteil des weltweiten Handels. Es legt Regeln fest, die multinationalen Finanzkonzernen den Zugang zu anderen Ländern erleichtern, indem es ordnungspolitische Beschränkungen verhindert. Obwohl die Finanzkrise im Allgemeinen als eine Folge fehlender Regulierung wahrgenommen wird, verbietet dieser Entwurf eine stärkere Regulierung von Finanzdienstleistungen.

Die Geheimhaltungsstufe für das Entwurfsdokument ist so festgelegt, dass es nicht nur für die Zeit der Verhandlungen (die inzwischen achte Verhandlungsrunde ist am 25. September zu Ende gegangen), sondern auch noch für fünf Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens geheim bleiben sollte. Auch wenn die Tisa-Verhandlungen nicht zensiert werden, erfahren sie doch in unseren Medien eine Marginalisierung und Heimlichtuerei, die in eklatantem Widerspruch zur welthistorischen Bedeutung des Abkommens steht: Sollte es in Kraft treten, wird dies globale Auswirkungen haben. Denn dieses Abkommen ist so etwas wie ein vertragliches Rückgrat für die Umstrukturierung des Weltmarkts. Egal wer in Zukunft Wahlen gewinnt, egal was Gerichte künftig entscheiden – kommende Regierungen werden an Tisa gebunden sein.

Doch wie sehr überrascht uns dieses Missverhältnis zwischen politisch-ökonomischer Bedeutung und medialer Marginalisierung? Ist es nicht ein trauriger, aber deutlicher Hinweis darauf, wie wir es in den liberal-demokratischen Ländern des Westens mittlerweile mit der Demokratie halten? Vor anderthalb Jahrhunderten qualifizierte Marx die Tauschbeziehung zwischen Arbeiter und Kapitalist als "ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, sind Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham."

Durch die ironische Beifügung Jeremy Benthams, des Philosophen des egoistischen Utilitarismus, deutet Marx an, worauf Freiheit und Gleichheit in der kapitalistischen Gesellschaft tatsächlich hinauslaufen – um aus dem *Kommunistischen Manifest* zu zitieren: "Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf." Und unter Gleichheit versteht man die formale Rechtsgleichheit von Käufer und Verkäufer, selbst wenn einer der beiden gezwungen ist, seine Arbeitskraft unter allen Umständen zu verkaufen.

Heutzutage kann man sagen, dass wir Freiheit, Demokratie und Tisa haben: Mit Freiheit ist der freie Verkehr von Kapital, Finanzdaten und persönlichen Daten gemeint – und mit Demokratie?

Die Weltmärkte übernehmen die Aufgaben der Demokratie

Die Hauptschuldigen der Finanzkrise von 2008 spielen sich nun als Experten auf, die uns angeblich den steinigsten Weg zu unserer finanziellen Genesung weisen können und deren Ratschläge folglich die Hürden der parlamentarischen Politik überspringen. In diesem Sinne warnt Mario Monti, der ehemalige Ministerpräsident Italiens, davor, dass "sich Regierungen vollständig durch die Entscheidungen ihrer Parlamente binden lassen" lassen. An welche höhere Macht aber lässt sich appellieren, um die Entscheidungen der demokratisch gewählten Volksvertreter aufzuheben? Mit seinem Lob für nationale Regierungen, die das "permanente Plebiszit der Weltmärkte" dem "Plebiszit an den Wahlurnen" vorziehen, hat Hans Tietmeyer, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, darauf schon 1998 eine Antwort gegeben. Man achte auf die

demokratische Rhetorik dieser obszönen Aussage: Weltmärkte sind demokratischer als Parlamentswahlen, da der Wahlprozess hier nicht nur alle vier Jahre stattfindet, sondern sich permanent in den Marktschwankungen niederschlägt. Dahinter steht die Vorstellung, dass demokratische Entscheidungen, die sich der Oberaufsicht der Märkte (und der Experten) entziehen, "verantwortungslos" sind. Demokratie ist mithin die Demokratie der Märkte, das permanente Plebiszit der Marktschwankungen.

In Geheimverhandlungen werden Weichen gestellt

So halten wir es also derzeit mit der Demokratie, und die Tisa-Verhandlungen sind ein mustergültiges Beispiel für den gegenwärtigen Zustand. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Weichenstellungen werden geheim ausgehandelt und in Kraft gesetzt. Außerhalb unseres Gesichtsfelds und ohne öffentliche Debatte legen sie die Koordinaten für die ungehinderte Herrschaft des Kapitals fest. Der Entscheidungsspielraum der demokratisch gewählten politischen Akteure wird dadurch massiv eingeschränkt. Und der politische Prozess konzentriert sich auf Themen, die für das Kapital gleichgültig sind, wie etwa Kulturkämpfe.

In diesem Zusammenhang lässt sich die Veröffentlichung des Tisa-Entwurfstextes als eine neue Phase in der [WikiLeaks](#)-Strategie begreifen: Bisher ging es der Internetplattform im Wesentlichen darum, zu enthüllen, wie wir von staatlichen Geheimdiensten überwacht und reguliert werden – das liberale Standardthema einer Bedrohung der Individuen durch repressive Staatsapparate. Nun taucht eine weitere kontrollierende Macht auf – das Kapital –, die unsere Freiheit auf weit subtilere Art und Weise gefährdet: indem sie nämlich unseren Freiheitssinn selbst pervertiert.

Da man die freie Wahl in unserer Gesellschaft zu einem obersten Wert erhoben hat, darf die soziale Kontrolle und Herrschaft nicht mehr wie eine Beeinträchtigung der Freiheit des Subjekts aussehen – sie muss scheinbar der Selbstentfaltung des freien Individuums dienen. Dieses Phänomen der Unfreiheit in Gestalt ihres Gegenteils gibt es in zahlreichen Ausprägungen: Wenn man uns der allgemeinen Krankenversicherung beraubt, dann sagt man uns, wir erhielten eine neue Freiheit der Wahl (zwischen unterschiedlichen Krankenversicherungen); wenn wir nicht mehr die Sicherheit eines langfristigen Arbeitsverhältnisses genießen, sondern gezwungen sind, alle paar Jahre ein neues prekäres Arbeitsverhältnis einzugehen, dann sagt man uns, wir hätten nun die Gelegenheit, ungeahnte schöpferische Möglichkeiten unserer Persönlichkeit zu entdecken; wenn wir für die Ausbildung unserer Kinder zahlen müssen, dann sagt man uns, wir würden zu "Selbstunternehmern", die genau das tun, was ein Kapitalist tut: nämlich frei entscheiden, wie er seine Ressourcen investieren möchte – in Ausbildung, Gesundheit, Reisen ...

Unablässig mit aufgezwungenen "freien Wahlen" bombardiert und zu Entscheidungen gezwungen, für die es uns an der rechten Qualifikation und Information fehlt, erleben wir unsere Freiheit zunehmend als das, was sie in Wirklichkeit ist: als eine Last, die uns die Entscheidung für politischen Wandel unmöglich macht.

Vielleicht können wir unsere Fixierung auf die Ereignisse in der [Ukraine](#) und auf den Aufstieg [des IS](#) im Irak angesichts dieser Paradoxie in einem neuen Licht sehen. Was uns im Westen fasziniert, ist nicht die Tatsache, dass Menschen in Kiew für die Illusion des europäischen Way of Life auf die Straße gegangen sind, sondern dass sie überhaupt auf die Straße gegangen sind und versucht haben, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Sie handelten wie ein politischer Akteur, der einen radikalen Wandel durchsetzt – etwas, wozu wir uns im Westen, wie die Tisa-Verhandlungen zeigen, offenbar nicht mehr frei entscheiden können.

Aus dem Englischen von Bettina Engels